

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckanstalt: Nachrichten Dresden
Verantwortlicher: Sammelnummer: 25 241
Nur für Rechtsverträge: 20011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. August 1927 bei täglich zweimaliger Auslieferung drei Haus 1.50 Mk.
Goldbezugspreis für Monat August 3 Mark ohne Postgebühren.
Einzelnummer 10 Pfennig
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einpaltige 30 mm breite
Zeile 30 Pf., für auswärts 40 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne
Rabatt 15 Pf., außerhalb 20 Pf., die 30 mm breite Reklamzeile 30 Pf.,
außerhalb 30 Pf., Überspanngebühr 10 Pf., Ausw. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle
Marienstraße 33-42
Druck u. Verlag von Viehig & Reichardt in Dresden
Vollständig-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Foch über die deutsch-russische Gefahr.

„Versailles trotz Locarno oberstes Gesetz für Deutschlands außenpolitische Beziehungen.“
Heute Ablauf der Galgenfrist für Sacco und Vanzetti. — Ein neuer polnischer Roheitsakt. — Furchtbare Wirbelstürme über Hongkong.

Berlin soll endgültig zwischen Osten und Westen optieren.

New York, 22. Aug. Die „World“ bringt einen längeren Artikel von Marshall Foch, der in Russland und Deutschland nach wie vor Gefahren für den europäischen Frieden sieht. Foch schreibt, Deutschland werde sich demnächst entscheiden müssen, ob es sich östlich oder westlich orientieren wolle. England und Frankreich müßten in ihrer Enten cordiale darauf achten, daß Russland nicht den Frieden störe und daß Deutschland den Versailler Vertrag, der trotz Locarno das oberste Gesetz in Deutschlands Beziehungen zum Auslande bleiben müßte, genau befolge. (Z. N.)

Sicherheit noch vor Reparationen.

Englische Kritik des französischen Standpunktes.
London, 22. August. Der Pariser „Times“-Korrespondent erklärt heute, die französische öffentliche Meinung wolle nicht annehmen, daß die Sicherung der Reparationszahlungen der einzige Grund für die Ablehnung des Rheinlandes sei. Die Befestigungsfrage werde in Paris fast ausschließlich vom Standpunkt der französischen Sicherheit aus betrachtet. Frankreich müsse händig an eine mögliche militärische Überreaktion des Deutschen, obwohl doch folgende Maßnahmen für die Sicherheit der Grenze Frankreichs getroffen worden seien:

- 1. Abrückung Deutschlands, 2. Schaffung der neutralen Zone, und 3. Fortführung der Kontrolle durch den Völkerbund.

Der Schuß einer Grenze in Friedenszeiten durch die Befestigung weiter Gebiete jenseits der Grenze führe ein ganz neues Element in das alte Problem der europäischen Sicherheit ein. Das sei der Grund, weshalb die französische Militärs eine Befestigungsarmee von mindestens 50 000 Mann beibehalten wünschten. Französische Beobachter läßen in der deutschen Forderung auf eine weitere Verminderung der Rheinlandtruppe die Absicht, diese Streiktruppe so zu schwächen, daß sie ihren Wert als eine Garantie völlig verliere.

Dr. Wirth über die Locarno-Politik.

Ein Interview mit dem „Excellior“.
Paris, 22. Aug. In einem Interview mit dem Vertreter des „Excellior“ erklärte der frühere Reichsfinanzminister Dr. Wirth, daß zwischen Deutschland und Frankreich arges Mißverständnis über die Locarno-Politik bestehe. Frankreich habe den Locarnovortrag abgelehnt, um eine bessere Atmosphäre zwischen den beiden Völkern zu schaffen, ohne daß der Versailler Vertrag abgeändert werde. — In Deutschland könne man sich aber eine Verbesserung der Beziehungen ohne Erleichterungen der Lage Deutschlands nicht vorstellen. Vor allem erwarte man die Wiederherstellung der Souveränität des Reiches. Die von Deutschland erwartete Geste der Räumung des Rheinlandes sei nicht erfolgt. Wenn die Räumung aber nicht möglich sei, so müßte die vom Vorsitzenden der Völkervereinigung am 14. November 1925 und von Bräunlich dem deutschen Vorkonferenz von Doellinger abgegebene Versicherung hinsichtlich einer Verminderung der Besatzungstruppen in die Tat umgesetzt werden. Deutschland habe die von der Vorkonferenz geltend gemachten Forderungen hinsichtlich seiner Entlassung erfüllt. Jede Verzögerung der versprochenen Besatzungsverminderung bilde für die Locarnopolitik eine Gefahr, da dadurch die Meinung in Deutschland verbreitet würde, daß die Locarnopolitik Schiffbruch erlitten habe und den Deutschen nationalen rechtgegeben werde, die behaupteten, daß diese Politik für Deutschland keinerlei Vorteile mit sich bringe.

Hinsichtlich Elsaß-Lothringen erklärte Dr. Wirth, daß die Franzosen einen großen psychologischen Fehler begangen, wenn sie den deutschen Verzicht auf Elsaß-Lothringen nicht genügend würdigten. Die elsässische Frage sei von Deutschland endgültig geregelt worden. Man dürfe aber nicht glauben, daß der Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen von dem Gedanken allein geleitet worden sei, im Osten freie Hand zu haben. Deutschland habe sich verpflichtet, keine gewaltsame Abänderung gegenüber Polen und der Tschechoslowakei zu versuchen. Deutschland wolle die Sicherheit dieser beiden Staaten in keiner Weise gefährden. Jeder vernünftige Mensch werde aber einsehen, daß sich Deutschland nicht mit einem Zustand abfinden könne, dessen Abänderung jedermann als notwendig betrachte. Der polnische Korridor in seiner derzeitigen Gestalt könne von Deutschland aus freiem Willen nicht anerkannt werden. Man verheimliche in Deutschland nicht, daß man mit aller Energie eine Erleichterung dieses Zustandes auf friedlichem Wege anstrebe.

Die Königsberger deutsche Ostmesse.

Empfänger der Ehrenäste in der Stadthalle.
Königsberg, 22. August. Ein Frühstück vereinigte am Sonntag die Ehrenäste der deutschen Ostmesse in der Stadthalle. Bürgermeister Dr. Göttsche führte hierbei aus:

Paris, 22. August. Pertinax wirft im „Echo de Paris“ die Frage auf, ob sich England und Frankreich über die Frage der Verminderung der Besatzungstruppen noch vor Beginn der Ratstagung im September einigen werden. Er kommt zu dem Ergebnis, daß Briand keinesfalls mit gebundenen Händen nach Genf gehen werde. Chamberlain habe Briand in der Frage der Zuteilung eines deutschen Sitzes in der Mandatskommission umgestimmt. Ebenso bestche auch heute wieder die Gefahr, daß Briand in der Frage der Truppenverminderung durch seinen englischen Kollegen zum Nachgeben gezwungen werde.

Frankreichs Auffassung von Besatzungsminderung.

Paris, 22. Aug. Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ glaubt berichten zu können, daß Frankreich bereit sei, die noch bestehenden Abteilungen des 33. Korps sowie die 41. Infanteriedivision, die sehr schwach besetzt sei, abzurufen. Da aber die Auflösung dieser 41. Division die französischen Effektivebestände unter das Minimum von 50 000 Mann, das Frankreich behalten wolle, herunterbrüden würde, würden gewisse Bestandteile dieser Division den vier Infanteriedivisionen zugeteilt werden, die an den Brückenköpfen verbleiben. Den Engländern und Belgiern sehe es dann frei, ihre Truppen so zu vermindern, wie es ihnen zweckmäßig erscheine.

Die Neuebeziehung nichtständiger Völkerbundsmitglieder.

London, 22. August. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Die letzten Meldungen aus Genf deuten darauf hin, daß dort große Hoffnungen bezüglich der Kandidatur Argentiniens für einen der nichtständigen Ratsplätze bei den kommenden Wahlen für diese Körperschaft gehegt werden. Man erwartet, daß Finnland der Tschecho-Slowakei nachfolgen werde. Das einzige einjährige Mitglied, das gute Aussicht auf Wiederwahl habe, sei das stark von Frankreich unterstützte Belgien. Dies zeige, daß Dr. Verelich nicht mehr beabsichtigt, einen Sitz im Rat zu haben. (Z. U.)

An die Reichs- und Staatsregierung richten wir die herzlichste Bitte, mit der Fürsorge für Dürren aus nicht nachzulassen. Die Nichterfüllung des Sofortprogramms oder einiger der wichtigsten Punkte des Sofortprogramms haben in Dürren gewaltige Enttäuschungen ausgelöst. Die ohnehin schon streikenden Gruppen auf die Erfüllung dieser lebensnotwendigen Wünsche für die Zukunft nicht verzichten.

Oberpräsident Sieber begrüßte die Vertreter der fremden Staaten vor allem Russlands, und gab seiner Freude Ausdruck, daß die diesjährige russische Ausstellung wesentlich vergrößert und übersichtlicher zusammengestellt sei. Er begrüßte ferner die Herren aus Danzig und Memel, deren Verkommen beweise, daß die neue Grenzziehung nicht die kulturellen Zusammenhänge und engen Beziehungen zwischen diesen Gebiet und Deutschland zerreißen kann. — Den Dank der Vertreter der Reichs- und preussischen Regierung fließte Geheimereinerminister Dr. Bassi vom preussischen Landwirtschaftsministerium ab. Die preussische Staatsregierung wünscht Dürren und der deutschen Ostmesse das allerbeste. Es gibt in den maßgebenden Stellen in Berlin niemanden, der nicht von der schicksalbestimmten Bedeutung Dürren für Preußen und das ganze Reich durchdrungen ist. Dürren ist uns unentbehrlich als unser Eckpfeiler und zugleich als Brücke nach dem Osten.

Namens der Danziger Gäste erklärte Senator Frank, wenn auch die politischen Grenzen uns trennen, so fühlen wir uns doch nach wie vor Dürren und Königsberg eng verbunden durch Bande des Blutes und der Kultur. Wir wünschen in guter Kameradschaft und Nachbarschaft und im friedlichen Wettbewerb mit Königsberg und Dürren zu leben.

Der russische Konsul Meerson überbrachte die Wünsche des russischen Botschafters, der Handelsvertretung und des russischen Konsulats. Die Sowjetunion habe ein besonderes Interesse an der deutschen Ostmesse, die mit dazu diene, die bestehenden engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ostpreußen und der Union zu befestigen und die deutsch-sowjet-russische Freundschaft zu vertiefen. Die freundschaftliche Stimmung, die er hier für die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gefunden habe, sei für ihn eine freundliche Ueberzeugung gewesen. — Der Gehilfe des Ackerbaukommissariats, Samojewitsch, übermittelte in russischer Sprache die herzlichsten Grüße der Sowjetunion an die deutsche Ostmesse. Er bedauerte das große geschichtliche Mißverständnis, das zum Krieg zwischen Deutschland und Russland geführt habe, das die Bande zerreißen habe, die zwischen Deutschland und Russland so eng bestanden haben. Heute würden diese Bande wieder angeknüpft. Er freute sich, der Uebermittler gerade dieser Gefühle zu sein. Die russische Regierung treffe freundschaftlich ihre Hände dem deutschen Volke entgegen und hoffe, daß die jetzt angefangene Arbeit für beide Nationen fruchtbar werde. (W. T. B.)

Der wilde Streik in Delsnik.

Am 20. August richtete die deutsch-nationale Landtagsfraktion folgende kurze Anfrage an die Regierung: Unter „Rotgeld in Delsnik“ geht eine Notiz durch die sächsische Presse über unglückliche Zustände in Delsnik i. B. In der Teppichfabrikzentrale A. G. in Delsnik sind vorwiegend 14 Tagen 1200 Arbeiter in den Streik getreten. Der Textilarbeiterverband hat denselben als „wilden Streik“ erklärt und lehnt Streikunterstützung ab. Mit Genehmigung des Delsniker Bürgermeisters nimmt die Streikkommission bei den dortigen Geschäftsleuten unter Terror Geldsammlungen vor und zwingt sie außerdem, für von der Streikkommission ausgegebenes Rotgeld Waren zu liefern. Wir fragen die Regierung:

- 1. Wie ist es möglich, daß unter den Augen der Behörden derartige unglückliche Zustände wochenlang bestehen können?
- 2. Ist die Regierung bereit, unverzüglich dafür zu sorgen, daß die Delsniker Geschäfte und Bevölkerung vor derartigen Mißregelungen und Brandstiftungen geschützt werden. Schriftliche Antwort genügt.

Am heutigen Tage fand eine Besprechung zwischen Vertretern der betroffenen Fabrik, dem Syndikus des Arbeitgeberverbandes Plauen, sowie der Abg. Hofmann und Berg (Dn. Sp.), Dr. Frucht (Sp.) und Enterlein (Wirtsch. P.) statt. Auf Grund des von den Delsniker Herren vorgebrachten Materials sprach die Kommission im Arbeits- und Wohlfahrtsministerium und Wirtschaftsministerium vor. Im Arbeitsministerium wurde ein Eingreifen als unzumutbar abgelehnt. Dagegen sagte das Wirtschaftsministerium, die von der Regierung nicht genehmigte kommunistische Geldsammlung zu verbieten. Der Herr Wirtschaftsminister stellte die sofortige Prüfung des in Delsnik ausgegebenen Rotgeldes in Aussicht und sagte das Verbot jeglichen Rotgeldes an. Ueber den weiteren Gang und nähere Einzelheiten folgt weiterer Bericht.

Die Bewaffnung der Nationalsozialisten.

(Durch Funkspruch.)
Berlin, 22. August. Ein Sonderzug, der Teilnehmer an der Rürberger Tagung der nationalsozialistischen Arbeiterpartei von Rürberg nach Berlin brachte, wurde heute morgen auf der Station Teltow kontrolliert. Dabei wurden im Zug gefunden: zwei Dolche, ein seltendes Messer, ein Totschlagger, ein Schlagring, ein Stahlknüttel, ein Spaten, ein Beil und eine Alarmpistole. Die Fahrgäste des Zuges, sämtlich Nationalsozialisten, wurden zwangsweise, und zur Unterfuchung auf Waffen, in den mitgeführten Tornistern, und auf Papiere, die auf Fortbewahrung der verbotenem Drogen Gruppe Groß-Berlin der oben genannten Partei hindeuten, dem Polizeipräsidium zugeführt. Es handelte sich insgesamt um 435 Personen, von denen die Mitglieder nicht Berliner Ortsgruppen wieder entlassen wurden. Die Durchsicht nach Waffen und Papieren und die Vernehmung sind noch im Gange. (W. T. B.)

Ein Friedrich-Ebert-Denkmal in Muskau.

(Durch Funkspruch.)
Muskau, 22. August. Am gestrigen Sonntag erfolgte hier unter großer Anteilnahme der Bevölkerung die Weihe des ersten Denkmals in Schlessen für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert. Aus einigen 20 Orten der Umgebung war das Reichsbanner erschienen. Als Vertreter des Regierungspräsidenten nahm Herr Direktor Uthen dörfer aus Riesky an der Feier teil. Weiter waren die Kreis-, Stadt- und Gemeindebeobachter der Umgebung vertreten, die Weiherede hielt der frühere Wirtschaftsminister Schmidt (Berlin). Er gab in längeren Ausführungen ein Bild von dem Leben und Wirken des ersten Präsidenten der Republik, ihm als einen Sohn des Volkes feiernd. Es sprachen dann noch der Vertreter des Regierungspräsidenten, dessen Grüße überbringend, ferner Reichstagsabgeordneter Buchwitz für die Sozialdemokratische Partei und ein Vertreter des Reichsbanners. Zugleich wurden durch die Behördenvertreter Kränze niedergelegt. Das Denkmal hat auf dem Friedrich-Ebert-Platz aufgestellt gefunden und ist infolge seiner Größe weithin sichtbar. Es ist aus schließlichem Granit hergestellt und mit grauem Marmor abgeleitet. An der Vorderfront befindet sich ein Relief aus Kupfer mit dem Kopfbildnis und Inschriften. Die Mittel sind durch freiwillige Geldspenden der Bevölkerung aufgebracht. (W. T. B.)

Ein Sowjetgeheimbericht über die Juli-Revolle.

Wien, 22. Aug. Das Wiener Montagsblatt, der „Turm“, veröffentlicht heute einen Bericht, den der Wiener Sowjetgeheimdienst am 15. Juli nachmittags in einer außerhalb Oesterreich gelegenen Stadt nahe der Grenze nach Moskau aufgegeben haben soll. Diese Depesche sei aufgefunden und beschlagnahmt worden. Nach dem veröffentlichten Wortlaut des Berichts ist der Gelände über die Arbeitsniederlegung im Voraus verhängt worden und hat von der Berliner Sowjetrussischen Vertretung Führer zur Leitung des Unternehmens nach Wien beordert. Ferner hat sich Dr. Bauer während der Unruhen mit dem sowjetrussischen Gesandten in Verbindung gesetzt. (W.)